

Wollung nach Frankreich. 208 Waggons außerdem nach Holland abgefahren worden. Diese Transporte entsprächen in seiner Weise der Leistungsfähigkeit des von den Besatzungsmächten betriebenen Eisenbahnnetzes. Sie könnten unendlich viel größere Mengen nach Frankreich und Belgien schicken, aber die einzige Möglichkeit, zur Zeit Kohlen in die Hände zu bekommen, läßt die Waggons, die auf den Strecken und Bahnhöfen beschlagnahmt wurden. Es handelt sich in Wirklichkeit um Kohlen und die normale Beladung der Waggons hier fort, da die Arbeiter diese abladen und die Waggons auch nicht herausziehen. Man geht gegen sie nicht mit Zwangsmaßnahmen vor, deren Wirksamkeit im übrigen auch zweifelhaft wäre, weil dieser Lage der Dinge auf sichere und radikalere Art durch allgemeine Maßnahmen, die bereits getroffen seien, und durch die Blockade des Ruhrgebietes abgeholfen werden sollte. Man muß jedoch festhalten, daß die Transporte, sobald Waggons in beträchtlicher Zahl erst da seien, von den Besatzungsbehörden aus eigenen Mitteln abgefahren werden könnten und nicht von dem guten Willen der deutschen Eisenbahner abhängig wären.

Der Düsselthor-Sonderberichterstatter der nationalitätlichen „Adressen“ erklärt diese anscheinend von den Besatzungsorganen zur Entschuldigung ausgegebene Mitteilung mit den Worten: Wenn dieser Tag erst da wäre! Bis jetzt läßt nichts ein Nachlassen des lächerlichen Widerstandes erwarten, der sich auf allen Gebieten geltend macht.

Frankreich

will die Ruhrbahnen internationalisieren.

Einem verhaftet gemessenen, aber wieder freigelassenen Gewerkschaftssekretär des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat ein höherer französischer Offizier anlässlich seiner Vernehmung folgende Pläne Frankreichs entwickelt: Für den Betrieb der Eisenbahnen im besetzten Gebiet soll ein großer internationaler Eisenbahnkongress mit englischem, französischem, spanischem und belgischem Kapital gegründet werden, der die Eisenbahnen des besetzten Gebietes in eigene Hände übernehmen soll. Ferner hat der französische Offizier mitgeteilt, daß in einer Reihe von Staaten, besonders in Polen und der Tschechoslowakei Eisenbahnen zur Einstellung von diesem Konzern angeworben werden, und daß sich schon tausende gemeldet hätten. Sogar deutsche Arbeiter sollten sich für einen derartigen Dienst bereitstellen lassen. Offenbar sind diese Mitteilungen des französischen Offiziers durch bestimmte gewesen, den betreffenden Gewerkschaftssekretär unglücklich zu machen. Die deutschen Eisenbahnarbeiter haben jedoch derartigen französischen Verbindungen sehr kühl und abweisend gegenüber, noch dazu bekannt geworden ist, daß die Franzosen den in ihren Dienst getretenen deutschen Eisenbahnarbeitern keinesfalls höhere Löhne als sie bisher bezogen haben zu zahlen beabsichtigen.

Willet über einen Ruhr-Frieden.

Der bekannte französische Journalist Willet erklärt in einem Artikel in der „Prager Presse“, in dem er das deutsch-französische Verhältnis sehr pessimistisch betrachtet, die Haltung Deutschlands werde in Frankreich und Belgien die Wirkung haben, daß man an eine Ergänzung des Friedensvertrages von Versailles denke. Eine solche Ergänzung werde ernstlich vorbereitet. Er erwähnt in diesem Zusammenhang, daß nicht nur das gesamte Problem der Reparationen, sondern auch die Frage der Sicherheit Frankreichs und Belgiens in den Vordergrund gerückt werde, und daß angesichts des nationalen Hasses, der seit einem Monat in Deutschland gegen die beiden Alliierten sich wendet, in den maßgebenden französischen Kreisen die Frage der Sicherheit ernstlich geprüft werde. Ohne daß man von einem offenen diplomatischen Bruch sprechen könnte, handle es sich doch um einen tatsächlichen Kriegszustand. Die Verhandlungen über ein dreijähriges Moratorium müßten wieder aufgenommen werden, denn die gegenwärtige Periode könne nur durch einen regelrechten Friedensvertrag beendet werden. Frankreich werde bereit sein, die Gesamtsumme der deutschen Reparationsschuld endgültig mit einer verhältnismäßig geringen Summe anzusehen, die Willet auf der Grundlage 6 prozentiger Verzinsung mit 37 Milliarden Goldmark angibt. Gegenüber würden Frankreich und Belgien sich darauf verstehen, daß wesentliche verhängnisvolle Bürgerkriege gegeben werden. Im französischen Moratoriumsplan sei schon zu erkennen gewesen, daß die Ruhrbesetzung für die Dauer des Moratoriums geplant war, also für zwei Jahre. Jede Stärkung des jetzigen deutschen Widerstandes würde daher eine Verlängerung der Besetzung über diesen Zeitraum hinaus bedeuten. Von einer sofortigen Räumung des Ruhrgebietes könne keine Rede sein.

Eine deutsche Richtigstellung.

Der im „Tempo“ aufgestellten Behauptung gegenüber, daß die Alliierten es niemals abgelehnt hätten, auf der Pariser Konferenz deutsche Vorschläge zu prüfen und nur die schriftliche Vorlegung dieser Vorschläge gefordert hätten, was aber von der deutschen Regierung verweigert worden sei, wird festgestellt, daß Deutschland weder zum mündlichen Vortrag noch zur schriftlichen Vorlegung seiner Vorschläge aufgefordert worden sei, obwohl es sich bereit erklärt hätte. Staatssekretär a. D. Bergmann wäre ausdrücklich zum Zwecke einer mündlichen Erläuterung der deutschen Vorschläge nach Paris gekommen.

Der Reichskanzler über die Ziele der französischen Politik.

Reichskanzler Dr. Cuno äußerte sich einem Vertreter des „Pester Lloyd“ gegenüber über die Ziele der französischen und belgischen Politik, es bestehe kein Zweifel mehr, daß diese die völlige Auflösung des deutschen Reiches und der Rheingrenzen seien. Es habe für Deutschland nur ein Mittel gegeben, die Besetzung des Ruhrgebietes zu vermeiden, nämlich die Unterwerfung unter die Ziele der französischen Politik. Dies aber sei mit der Ehre und der Souveränität Deutschlands unvereinbar. Es würde von keiner deutschen Regierung anerkannt werden. Deutschland werde mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln gegen den französisch-belgischen Anschlag kämpfen.

Die Rede Lloyd Georges im Unterhaus.

In seiner Rede im englischen Unterhaus sagte Lloyd George noch, das deutsche Rationalgefühl, das vier Jahre gedemütigt und niedergedrückt gewesen sei, sei zum ersten Male seit Abschluß des Westfälischen Friedens infolge der Besetzung des Ruhrgebietes aufgestiegen worden. Bonar Law habe sein Versehen als treuer Verbündeter getan, Frankreich von seinem Gorgehen abzuraten, und er bitte dringend Bonar Law, einen weiteren freundschaftlichen Schritt zu tun, um Frankreich aus der Verwickelung zu lösen, bevor es zu spät sei. Die britische Regierung sollte jetzt eine Aktion unternehmen. Er, Lloyd George, habe im August 1923 vorgeschlagen, die ganze Angelegenheit an den Völkerbund zu verweisen, aber Poincaré habe sich geweigert, irgend eine sich aus dem Versailles Vertrag ergebende Frage an den Völkerbund zu übertragen. Das sei ein höchst erschauerliches, absonderliches und unhaltbares Standpunkt, da ja auch der Streit zwischen Polen und Deutschland, der aus dem Versailles Vertrag herrührt, dem Völkerbunde mit Zustimmung Frankreichs übertragen worden sei. Außerdem sei die Behauptung, daß der Vertrag, der ganz Westeuropa neu verteilte und von dessen guter oder schlechter Wirkung die Zukunft Europas abhängen würde, nicht dem Völkerbunde übergeben worden solle, eine lächerliche Behauptung, die die Regierung nicht ausrechnen sollte. Lloyd George betonte, Amerika habe die moralische Verpflichtung, zur Sicherung einer Lösung mitzuwirken. Es sei notwendig, im Verkehr mit Deutschland einen neuen Ton und eine neue Einstellung anzunehmen. Die vorige britische Regierung habe kein Recht auf Wahrung geübt. Das habe man ihr in Frankreich nicht vergeben. Bonar Law habe aber die französische Regierung ebenso unangenehm, ja sogar noch widerwärtiger gelassen. Bei einem Prozesse habe man zu wählen, von dem Gegner Zahlungen zu erlangen oder ihn bankrott zu machen. Frankreich wolle beides haben, und das sei unmöglich. In den letzten Wochen seien 17 Erlassungen in Frankreich gegen die Regierung ausgesprochen worden. Wenn die Ruhrbesetzung noch um einige Wochen zurückgehalten worden wäre, so hätte die französische Regierung nicht mehr dazu übergehen können. Die Lage im Ruhrgebiet sei schlimmer, als die französische Regierung zugeben wolle. Er sei sicher, daß sie selbst solche Vorgänge nicht vorausgesehen habe. Der nationalitische Geist in Deutschland, der seit dem Westfälischen Frieden war, habe wieder auf. Der Stolz Frankreichs und der Deutschlands, zweier tapferer Nationen, seien einander gegenüber. Wenn Deutschland vernichtet werde, so werden keine Reparationen zu erlangen sein. Ebenso würde dann die Abrüstung unmöglich werden. Frankreich habe im Ruhrgebiet ein großes Heer stehen, und dabei sei seine Sicherheit durchaus nicht verbürgt. Wenn England wirklich der Freund Frankreichs sei, müsse es sein Bestes tun, Frankreich aus seiner jetzigen Stellung herauszuheben.

entzogen werden sollte, eine lächerliche Behauptung, die die Regierung nicht ausrechnen sollte. Lloyd George betonte, Amerika habe die moralische Verpflichtung, zur Sicherung einer Lösung mitzuwirken. Es sei notwendig, im Verkehr mit Deutschland einen neuen Ton und eine neue Einstellung anzunehmen. Die vorige britische Regierung habe kein Recht auf Wahrung geübt. Das habe man ihr in Frankreich nicht vergeben. Bonar Law habe aber die französische Regierung ebenso unangenehm, ja sogar noch widerwärtiger gelassen. Bei einem Prozesse habe man zu wählen, von dem Gegner Zahlungen zu erlangen oder ihn bankrott zu machen. Frankreich wolle beides haben, und das sei unmöglich. In den letzten Wochen seien 17 Erlassungen in Frankreich gegen die Regierung ausgesprochen worden. Wenn die Ruhrbesetzung noch um einige Wochen zurückgehalten worden wäre, so hätte die französische Regierung nicht mehr dazu übergehen können. Die Lage im Ruhrgebiet sei schlimmer, als die französische Regierung zugeben wolle. Er sei sicher, daß sie selbst solche Vorgänge nicht vorausgesehen habe. Der nationalitische Geist in Deutschland, der seit dem Westfälischen Frieden war, habe wieder auf. Der Stolz Frankreichs und der Deutschlands, zweier tapferer Nationen, seien einander gegenüber. Wenn Deutschland vernichtet werde, so werden keine Reparationen zu erlangen sein. Ebenso würde dann die Abrüstung unmöglich werden. Frankreich habe im Ruhrgebiet ein großes Heer stehen, und dabei sei seine Sicherheit durchaus nicht verbürgt. Wenn England wirklich der Freund Frankreichs sei, müsse es sein Bestes tun, Frankreich aus seiner jetzigen Stellung herauszuheben.

Genderson, der ankündigte, daß die Arbeiterpartei den Änderungsantrag unterstützen werde, erklärte, die Arbeiterpartei sei weder deutschfreundlich noch französischfeindlich, aber es sei im eigenen Interesse Frankreichs notwendig, daß Schritte getan würden, um die Reparationsfrage vom Felde der Gewalt und der „Sanktionen“ ins Beratungsalter zu verlegen. Bonar Law teilte auf eine Anfrage mit, daß es für die britische Regierung nicht recht sein würde, mit den Vereinigten Staaten darüber zu verhandeln, ob die französische Aktion im Ruhrgebiet mit dem Versailles Vertrag übereinstimme oder nicht, da Amerika an diesem nicht teilgenommen habe.

Värmizenen im preussischen Landtag.

Die gestrige Sitzung des preussischen Landtages wurde vom Präsidenten mit einem Protest gegen die Gewalttaten der Franzosen im Ruhrgebiet eröffnet. Nachdem dann es bei der zweiten Beratung des Haushalts der Justizverwaltung zu großen Värmizenen, als der Präsident Belmont die Einbringung des Antrages Schul-Neufeld (Komm.), an erster Stelle einen von den Kommunisten eingebrachten Antrag zu beraten, der die Regierung auffordert, ungesäumt Maßnahmen zur Abstellung der Rot des Volkes zu treffen, als der Geschäftsordnung nicht entsprechend bezeichnete. Die Kommunisten verhinderten den Berichterstatter für den Justizhaushalt durch dauernde Zwischenrufe am Sprechen. Zur Geschäftsordnung erhob nach dem Bericht des Referenten Frau Wolfheim (Komm.) gegen den Präsidenten Anklage, daß einer Entscheidung ohne gleichen schuldig gemacht zu haben, da er den Antrag Schul-Neufeld nicht zur Abstimmung brachte. Die Rednerin erhielt wegen einer das Haus beleidigenden Äußerung einen Ordnungsruf. Sie mußte nach Ablauf der fünf-Minuten-Redezeit ihre Ausführungen unterbrechen. Der nun folgende erste Redner der Antragskommission insofern des andauernden Värmizes unverständlich. Die Kommunisten drangen gegen die Rednertribüne heranzutreten, worauf sich ein großes Durcheinander entwickelte. Der Värmiz setzte sich auch nach fort, als der Vizepräsident sich von seinem Sitz entfernte und damit die Sitzung unterbrach. Die Värmizische Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten dauerte bis gegen 5 Uhr, worauf allmählich Ruhe eintrat. Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 5.30 Uhr durch den Präsidenten Peinert beendete Dellmann seine Ausführungen.

Der Reichstädtetubund

hielt am 17. ds. Mts. in Halle a. S. eine Mitgliederversammlung ab. Der Geschäftsführer und Syndikus des Bundes, Dr. Daele, berichtete eingehend über die auswärtigen Kommunalfragen und der bekannte Vordenkener Dr. Damals über die Grundbesitzerfrage. Die Versammlung nahm einstimmig mehrere Entschließungen an. Zur Finanznot der Städte werden in einer Entschließung die Reichsregierung und der Reichstag auf die großen Gefahren für die Finanz- und Kreditwirtschaft der Gemeinden, die durch die Verzögerung der Verabschiedung des Landessteuergesetzes erwachsen seien, hingewiesen. Wegen des Reichsberggesetzes gegenüber den von den Aufschlagsbesitzern endgültig genehmigten Bebauungsordnungen wird Einspruch erhoben. Hinsichtlich der Volksernährung werden die Reichs- und die Staatsregierung dringend ersucht, entschiedene Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung zu treffen und der Preisbildung von Erzeugern und Händlern entgegenzutreten. Insbesondere sei es notwendig, die Frage der Zwangsabwicklung von Milch, Fett und Kartoffeln ernsthaft zu prüfen. Ten wucherischen Treiberzinsen auf dem Gebiete der Fleischversorgung sei durch Festsetzung von Zwangspreisen zu begegnen. Bei Errichtung der neuen Autobahnen müsse der preussische Staat mindestens die Hälfte der tatsächlichen Ausgaben übernehmen. Die Belastungszulagen seien den Gemeinden voll zu erstatten. Schließlich wurde eine gerechte Bodenerneuerung gefordert.

Der schweizerische Volksentscheid gegen den Zonenvertrag mit Frankreich.

Die schweizerischen Blätter aller Partein weisen auf die ungedeuhete Mehrheit hin, mit der vorgestern die Schweiz in freier Volksabstimmung den Vertrag mit Frankreich über die Zonenfrage verworfen hat. Die deutsch-schweizerische Presse betont dabei, daß auch die beiden in erster Linie interessierten westschweizerischen Kantone Gené und Valais das Abkommen ablehnten. Die westschweizerischen Blätter bebauern lebhaft die Ablehnung, äußern ihre Besorgnisse über die weitere Entwicklung und wollen in der vorgestrichenen Volksabstimmung zum Teil eine Rundgebung der Deutschschweizer gegen die Ruhrbesetzung sehen. Die meisten Blätter aller Landesteile rechnen damit, daß im Falle des Scheiterns neuer Verhandlungen mit Frankreich die Zonenfrage dem Schiedsgericht des Völkerbundes oder dem Ständigen Internationalen Gerichtshof überwiesen werden müsse.

Ueber die durch die Ablehnung geschaffene Rechtslage sagt der „Berliner Tag“ u. a.: In dem Entscheid liegt eine entscheidende Willensäußerung des schweizerischen Volkes. Er hat die Haltung der Schweiz in der Zonenfrage auch für fernere Verhandlungen ungewandelt festgelegt. Es darf unter keinen Umständen zugestanden werden, daß ein Vertrag, der unter anderen Umständen abgeschlossen wird, Rechte der Schweiz beilegen kann. Die Schweiz will diesen klaren und einfachen Rechtsstandpunkt nicht preisgeben zugunsten der größten Macht des europäischen Kontinents.

„Journal de Genève“, das vor der Abstimmung für die Annahme des Vertrages eingetreten war, schreibt u. a.: Das Abkommen erklärt nicht mehr, da es nicht ratifiziert

worben ist. Das Problem darf nicht einseitig von Frankreich gelöst werden. Artikel 488 des Versailles Vertrages äußert sich darüber kategorisch. Es kann hier kein Zweifel bestehen. Eine einseitige Lösung würde eine flagrante Verletzung des Friedensvertrages bedeuten.

Deutscher Reichstag.

mit. Berlin, 20. Februar 1923.

Die Beratung des Haushalts des Reichserziehungsamtes wird fortgesetzt. In der Einzelberatung wendet sich Abg. Schwelke (Soz.) gegen eine Verminderung der Mittel für Bildung und Unterrichtswesen, ganze 10 Millionen im Etat sei beizubehalten. Ferner fordert Beschleunigung eines Reichsberufsschulgesetzes und eines Lehrerbildungsgesetzes, damit dem Reich in diesen Kulturfragen nicht die Führung von den Ländern aus der Hand genommen werde. Außerdem beantragt er eine Nachtragbewilligung von 5 Millionen zur Unterstützung der Leipziger Lehrerbilderei.

Abg. Frau Dr. May (D. Sp.) fordert eine Ausprägung unseres Schulwesens im Sinne deutscher bodenkundiger Kultur.

Staatssekretär Schulz schließt sich dem Vordauern der Vorratlerin darüber an, daß sich die Länder der Vereinbarung über die deutsche Ausbildung zum Teil nicht angeschlossen haben. Die Bemühungen in dieser Richtung sollten aber fortgesetzt werden.

Abg. Dr. Luther (D. Sp.) betont, daß die akademische Jugend mit Recht an diesem guten Willen festhalte und bedauert, daß die Sozialdemokratie gerade an großen Persönlichkeiten eine zerstückende Kritik übe. Die akademische Jugend werde immer auf der Seite derer sein, die ferndeutsches und den echten Idealismus setzen.

Abg. Weiser-Zwickau (Soz.) wünscht ein einheitliches Reichswohlfahrtsgesetz, damit in den Fürsorgeangelegenheiten die Kompetenzstreitigkeiten zwischen Innen- und Arbeitsministerium aufgehoben.

Staatssekretär von Weser erklärt, die Regierung arbeite bereits an einer Vereinheitlichung.

Abg. Rumm (Dnat.) schildert die Notlage der Weltlichen, von denen viele nur ein Viertel des Lehrereinkommens hätten und fordert Einreise des Reiches.

Abg. Erking (A.) wünscht schnelle Vereinheitlichung aller Zweige der Wohlfahrtspflege.

Minister Cserer betont, daß an der bereits vom früheren Finanzminister Sämisch eingeleiteten Vereinfachung der Verwaltung weiter gearbeitet werde. Dabei werde geprüft werden, ob die Verwaltung der Wohlfahrtspflege neu zu ordnen sei. Das Reich erlasse eine Ehrenpflicht, wenn es die Notgemeinschaft der Wissenschaft stärker unterstützen und eine Notgemeinschaft der Kunst fördern. Sehr zweifelhaft sei es freilich, ob das Reich den Ländern die Verpflichtungen abnehmen könne, die gegenüber den Geistlichen und Kirchenbienern bestehen. Verhandlungen mit den Ländern seien bereits eingeleitet.

Die Entschließungen des Ausschusses zum Titel Bildungswesen werden hierauf angenommen, ebenso die Entschließung der Sozialdemokraten, der Comenius-Vägerei in Leipzig 5 Millionen zu gewähren.

Angenommen wird ferner ein Antrag, die spanische und englische Sprache auf Kosten der französischen stärker zu berücksichtigen.

Beim Titel Gesundheitswesen legt Direktor Dr. Baum vom Reichsgesundheitsamt auf Grund einer Umfrage dar, daß es mit der deutschen Volksgesundheit von neuem abwärts gehe. Die Teuerung verbinde jede gesunde Lebenshaltung, besonders bei manchen Schichten des Mittelstandes, Kleinrentnern, Witwen, Pensionären und Studenten. Die gewaltigen Preissteigerungen bedeuteten für große Volksmassen Unterernährung mit den damit verbundenen Krankheiten. Erschreckend steigere sich die Säuglingssterblichkeit, zumal ein Säuglingsheim nach dem andern wegen Geldmangels eingehe und die Milch vielen Kindern fehle. Bei den Schulkindern habe sich gezeigt, daß an manchen Orten 80 Prozent der Kinder unterernährt seien. Die Zahl der Sterbefälle an Tuberkulose habe sich in den Großstädten im letzten Jahre mehr als verdoppelt. In einer sachlichen Stadt war jeder sechste Schulkinde tuberkulös. Mit Rücksicht auf diese Entwicklung trage die Not der Kraftgenannten, die aus Mangel an Mitteln ihre Aufgaben nicht erfüllen können. Im Ruhrgebiet seien fürchterliche Zustände eingetreten, weil dort die französischen Truppen rücksichtslos Wohnungen, Krankenhäuser, Schulen und Lebensmittel beschlagnahmten. Es sei kennzeichnend, daß internationale Kongresse zur Bekämpfung von Seuchen in afrikanischen Kolonien veranstaltet würden, während gleichzeitig Frankreich Vorgehen der Verbreitung der Seuchen im Ruhrgebiet geradezu fördere. Wir seien dem Ausland für seine Hilfe für Kindererziehungen sehr dankbar, aber diese Hilfe allein könne uns nicht retten. Das deutsche Volk müsse selbst auf Rettung tun, und die Rettung könne nur kommen, wenn sich in allen Schichten unseres Volkes das Gefühl für soziale Gerechtigkeit steigere.

Nachdem noch die Abg. Runert (Soz.) und Bind (Dnat.) gegen die unerträgliche Preissteigerung der Medikamente und insbesondere der Salaria-Auren Protest erhoben haben, wird die Weiterberatung auf Mittwoch nachmittag 2 Uhr vertagt.

Schluß nach 6 Uhr.

Kunst und Wissenschaft.

Die Ausgrabung der altromischen Kurie. Die italienische Regierung hat, wie aus Rom berichtet wird, die Kirche von San Adriano angekauft, die auf der Stelle des alten Senatshauses der Römer, auf der sogenannten Curia athen. Die Kurie, die von dem Kaiser Diokletian neu angelegt worden war, wurde durch Papst Honorius I. in die Kirche von San Adriano umgewandelt. Der gegenwärtige Bau kammt aber erst aus dem Jahre 1588. Rom will nun an dieser bedeutenden geschichtlichen Stätte Ausgrabungen veranstalten, und wenn es nötig ist, die Kirche niederreißen. Der alte Veramungsort des republikanischen Senats brannte 1588 v. Chr. nieder, und es wurden dann Neubauten von Caesar, Augustus und Domitian aufgeführt, bevor Diokletian seinen Bau errichtete. Man hofft, durch diese Ausgrabungen wichtige neue Funde für die römische Geschichte zu erlangen.

Eine Expedition nach ausserirdischen Tieren und Pflanzen. Der Biologe der letzten Shackleton-Expedition, Kapitän O. W. Dillius, unternimmt jetzt eine neue Expedition nach dem tropischen Australien im Auftrag der naturwissenschaftlichen Abteilung des Britischen Museums. Seine Aufgabe besteht darin, Pflanzen und Tiere, deren Aussehen man beschreiben muß, zu erheben und für die Wissenschaft zu retten. Das Hauptzielgebiet, das ihm reichlich Stoff liefern wird, ist das Land, das im Innern des Berglandes liegt, der sich von Viktorias Meer Torressstraße erstreckt. Die Expedition wird zwei Jahre in Australien bleiben. Nach ihrer Beendigung hofft Dillius eine neue Südpolarreise anzutreten.

Gröba.

Bestellungen auf das täglich erscheinende „Miesler Tageblatt“ nimmt jederzeit entgegen Frau Miesler, Wetzlar, Nieder, Gröba, Alleestraße 2.